

## Staatsmonopol und Sozialismus.

ap. Die Forderung der Verstaatlichung der Privatbetriebe bildete in früherer Zeit den wichtigsten Bestandteil der sozialistischen Propaganda. Die heutigen Staats- oder Kommunalbetriebe bilden dabei eine Art Vorstufen des Sozialismus und werden deshalb als Staats- und Gemeindefozialismus bezeichnet; ihre zweckmäßige Anpassung an das Bedürfnis gibt gleichsam eine Vorprobe der Ordnung und der zweckmäßigen Organisation der ganzen Wirtschaft unter dem Sozialismus. Allerdings kam diese Betrachtungsweise in der deutschen Sozialdemokratie nie recht zur völligen Ausbildung, da die schwere Praxis des Klassenkampfes alle Gedanken beherrschte und alle Werbearbeit besorgte; aber in Ländern wie England bestimmte sie noch bis in die neueste Zeit hinein den Charakter der sozialistischen Arbeiterbewegung und ihrer Propaganda.

Diese Forderung der Verstaatlichung der Privatbetriebe stammt aus der Zeit des Kleinkapitalismus und paßt völlig zu dessen Verhältnissen. Aufhebung der Ausbeutung und Organisation der Produktion, das waren die beiden großen Ziele des Sozialismus. Daß der Staat an die Stelle der vielen Privatunternehmer gesetzt wird, soll nichts anderes bedeuten, als daß Organisation an die Stelle der Zersplitterung und der Anarchie tritt. Der Staat als Vertreter einer zahlreichen Bourgeoisie und eines noch zahlreicheren Kleinbürgertums brauchte nur noch mehr demokratisiert und ein wirklicher Volksstaat zu werden, um mit der Zersplitterung und der Konkurrenz zugleich die Ausbeutung aufzuheben. Die Kommunalisierung vieler städtischer Monopole, wie Gas, Wasserleitung, Straßenbahn trug oft den Charakter einer kleinbürgerlichen Rebellion gegen die Schöpfung der Bevölkerung durch einige Großkapitalisten. Dieses Beispiel brauchte nur im Großen, auf Landesmaßstab vom ganzen arbeitenden Volke gegen alle Kapitalisten nachgeahmt zu werden und wir hätten die soziale Revolution greifbar vor unsern Augen.

Die moderne kapitalistische Entwicklung hat jedoch diese Anschauungsweise längst überholt. Einmal entfernt sich der Staat immer mehr von dem Wesen, der zu jener ihm zugedachten Rolle paßt; und dann hat das Kapital in den Kartellen und Trusts schon eine Organisation der Wirtschaft ganz anderer Natur geschaffen. Damit mußten auch die Anschauungen der Sozialdemokratie über die Verstaatlichung eine Umwandlung erfahren.

In Deutschland trat das am frühesten zutage. Hier nötigte dazu der besondere Charakter des Staates. Der deutsche Staat, wie ihn Bismarck geschaffen hatte, trug von Anfang an alle Merkmale des volksbedrückenden Gewaltstaates an der Stirn. Sollte er als Vertreter der Allgemeinheit gegenüber den ausbeutenden Kapitalisten auftreten können, er, der die Arbeiter mit seinen Polizisten und Vorkriegspolizisten viel grausamer und gehässiger verfolgte, als die Privatunternehmer? Sollte er Konsumenteninteressen gegen die großen Monopolisten vertreten, der er eben durch die Schutzzölle die Massen dem Wucher der Junker und der Eisenmagnaten überliefert hatte? Die Arbeiter in Staatsbetrieben wurden nicht weniger ausgebeutet und waren dazu politisch unfreier als in Privatbetrieben. Kein Wunder, daß die Partei sich auf dem Berliner Parteitag 1892 scharf gegen den Staatssozialismus aussprach und alle Gemeinschaft mit ihm ablehnte. Das Schwergewicht der sozialistischen Propaganda liegt nicht in dem Gegensatz zwischen öffentlichem und Privatbetrieb, sondern in dem tiefen Gegensatz zwischen dem sozialistischen und dem heutigen Staat.

Als diese Resolution gefaßt wurde, hatte die moderne Organisation des Wirtschaftslebens durch Kartelle, Trusts und Großbanken noch kaum begonnen. Durch sie hat die Frage der Verstaatlichung ein ganz anderes Gesicht bekommen. Die Vergeudung, die in der regellosen Anarchie der freien Konkurrenz liegt, wird von dem Großkapital immer mehr beseitigt. Was man sich früher als einschneidenden revolutionären Akt einer proletarischen Staatsgewalt dachte, wird jetzt schon, gleichsam als ein verwickelter organischer Prozeß des Wachstums, auf dem Wege der Konzentration der Kapitalien und Betriebe, der Niederwerfung der Kleinen, die ausgemerzt oder zu Vasallen oder Filialen gemacht werden, und der Schaffung von Interessengemeinschaften durch das Großkapital selbst besorgt. Die künftige siegreiche Arbeiterklasse hat nicht mehr zersplitterte Betriebe zu organisieren, sondern die vorhandene Organisation zu



übernehmen und die Arbeitsbedingungen umzugestalten. Wie muß nun unsere Stellung zu den Staatsmonopolen sein? Sie wird bestimmt durch die Rolle des Staates in diesem modernen Kapitalismus.

Natürlich kann keine Rede davon sein, daß er als Vertretung der Massen gegen diese Kapitalorganisationen auftritt. Die Staatsgewalt ist ein Organ des kartellierten Großkapitals geworden. Aber sie steht anders zu ihm als zu der früheren Bourgeoisie; sie ist nicht mehr als Vertreterin der Gesamtheit jedem Einzelnen weit überlegen, sondern die einzelnen Kapitalorganisationen stehen ihr oft als gleichwertige Macht gegenüber. Der Staat hat ihre gemeinsamen Interessen zu wahren; dazu ist es bisweilen nötig, selbst als Unternehmer aufzutreten oder in die Frachtsätze regelnd einzugreifen; er hat gegenüber dem Ausland die wirtschaftliche Gewalt der Kartelle durch seine physische Waffengewalt zu stützen; er hat im Inlande die Massen ruhig zu halten, sei es durch Konzessionen, sei es durch Polizisten. Diese Vertretung gemeinsamer Interessen geht nicht ohne Reibungen ab; und nur zu oft zieht der Staat dabei den Kürzeren, weil er gegen die ökonomische Macht einer geschlossenen Gruppe, eines Syndikats oder Kartells, das seine Sonderinteressen durchsetzt, nicht aufkommen kann. Diese Differenzen bleiben aber immer häusliche Streitereien; Staat und Monopolisten sind nicht zwei verschiedenartige Gegner; die Herren der Monopole sind zugleich die Herrscher des Staates.

Damit verliert die alte Formel der Verstaatlichung völlig ihre Bedeutung für die Sozialdemokratie. Welcher Grund wäre jetzt vorhanden, einem Staatsmonopol den Vorzug vor einem Privatmonopol zu geben? Wuchert letzteres die Konsumenten für den Privatprofit aus, so ersteres nicht weniger für fiskalische Zwecke. Sind die Riesenbetriebe des konzentrierten Großkapitals mit gewerkschaftlichen Mitteln fast unangreifbar, so versklaven die Staatsbetriebe die Arbeiter noch schlimmer. Allerdings könnte der Reichstag auf die Staatsmonopole Einfluß ausüben; aber der Reichstag regiert den Staat nicht, und die bürgerliche Mehrheit wird schon dafür sorgen, daß die Volksinteressen dabei keinen Ausschlag geben. Die Wirkung aber, die von der Kritik unserer Vertreter im Parlament ausgeht, beschränkt sich nicht auf die Staatsbetriebe; die Lage der Bergarbeiter hat sie ebenso oft beschäftigt als die Lage der Eisenbahner. Gegen die Privatunternehmungen hat das Proletariat als Waffe die Macht seiner Organisation;

gegen den Staat verfügt es auch nur über dasselbe Machtmittel: die Organisation.

Bei der jetzt aktuellen Frage des Petroleummonopols ist also mit der alten doktrinären Formel, daß die Sozialdemokratie prinzipiell für die Verstaatlichung ist, nichts zu machen. Die Stellung der Partei wird durch die Zweckmäßigkeitfrage bestimmt, ob ein direktes Interesse des Proletariats oder unsres Kampfes vorliegt. Diese Stellungnahme kann bei einem staatlich konzessionierten Privatmonopol mit staatlicher Aufsicht und Gewinnbeteiligung und unter gehöriger Schröpfung der Konsumenten nicht schwierig sein. Ob man da sagt, wie es in einer Artikelreihe in der radikalen Parteipresse geschieht: einem Staat, der die Arbeiter unterdrückt und die Massen auszuplündern sucht, bewilligen wir kein Monopol — oder, wie von Hilferding in der „Neuen Zeit“: dem Staat bewilligen wir das Monopol nur unter der Bedingung, daß er die Massen nicht schröpft — macht nur in der äußeren Form einen Unterschied und kommt ziemlich auf dasselbe hinaus, vorausgesetzt natürlich, daß man leere Versprechungen und papierene Paragraphen nicht als machtvolle Realitäten hinnimmt.

Scheidet nun die Verstaatlichung aus dem Gegenwartsprogramm der Sozialdemokratie aus, geht ihr dann nicht etwas wesentliches, gerade das Sozialistische verloren? Nein, denn das Wesentliche des Sozialismus ist der Klassenkampf, die Eroberung der Herrschaft durch das Proletariat, die die Aufhebung der Ausbeutung bringen wird. Kapital und Arbeiterklasse stehen einander als die beiden großen Organisationsmächte gegenüber, die um die Beherrschung der Produktion miteinander ringen. Der Staat kann uns dabei kein Helfer sein, auch nicht in formeller Hinsicht; er steht auf der anderen Seite. Der Kampf gegen ihn und gegen das monopolistische Großkapital der Kartelle und Trusts ist ein einziger Kampf, der gegen sie zusammen mit der Waffe der proletarischen Organisation geführt werden muß. Erst die Niederwerfung dieser politischen und wirtschaftlichen Kapitalorganisation wird die Möglichkeit eröffnen, eine Organisation der Arbeit im sozialistischen Sinne durchzuführen. —